

NETZ.Werk

RECHENSCHAFTSBERICHT
MAY 2010 BIS MAY 2011

Konstantin v. Notz, MdB
Bündnis 90/Die Grünen



Rechenschaftsbericht ... Mai 2010 bis Mai 2011

Seit 18 Monaten bin ich nun als innen- und netzpolitischer Sprecher Mitglied der grünen Bundestagsfraktion. Die Zeit fliegt und die Arbeit ist manchmal aufreibend, aber es ist eine spannende und tolle Tätigkeit, die mir große Freude bereitet.

Gemeinsam mit meinem engagierten Team in den Büros in Berlin und Mölln ist es, so glaube ich, in dieser Zeit gelungen, mich vielfältig in die politischen Geschehnisse auf Bundesebene, im Land und in meiner Region einzubringen und die politischen Diskurse der Innen- und Netzpolitik entscheidend grün mitzubestimmen. Der in vielfacher Hinsicht rückwärtsgewandten Politik der schwarzgelben Bundesregierung und einer oftmals trägen SPD stellen wir ausgereifte, durchtragende und bürgerrechtsorientierte Konzepte entgegen. Und genau

das ist gegenwärtig dringend notwendig, auch um zu zeigen, dass die Politik der Bundesregierung mitnichten „alternativlos“ ist.

Ich glaube, dass die Menschen unseren Ansatz der nachhaltigen Zukunftsorientierung und die Fokussierung auf ein klares bürgerrechtliches Profil zunehmend honorieren. Durch eine bürgernahe Politik auf Augenhöhe kann es uns gelingen, noch mehr Menschen von unseren Konzepten zu überzeugen, für unser Verständnis einer demokratischen und partizipativen Gesellschaft zu gewinnen und für grüne Politik zu begeistern. Hier müssen wir entschlossen weiterarbeiten.

Sehr vielen von Euch konnte ich schon auf Veranstaltungen von meiner Tätigkeit in Berlin berichten. Einen weiteren Einblick in meine Arbeit innerhalb des vergangenen

Jahres soll Euch dieser Rechenschaftsbericht geben. Vielfältige Informationen über meinen parlamentarischen Alltag in der grünen Fraktion, in den Fachausschüssen des Bundestages, in den Berliner Gremien und Parlamentariergruppen, aber auch über mein Engagement vor Ort in Mölln, in meinem Wahlkreis und in Schleswig-Holstein findet Ihr auf meiner [Homepage](#) und in meinem Blog.

Gerne berichte ich Euch über meine Arbeit und einzelne Fachthemen der Innen- und Netzpolitik auch jederzeit persönlicher, ausführlicher und interaktiver in Eurem Orts- oder Kreisverband. Dafür kontaktiert bitte einfach mein Büro in Mölln.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "Konstantin v. Notz".



Besonders freue ich mich über die Tatsache, dass sich unser Wahlkreisbüro in Mölln in den vergangenen Monaten als grüne **Anlauf- und Informationsstelle** etablieren konnte. Die schönen Räumlichkeiten sowie die zentrale Lage unseres Büros haben sich als richtige Wahl erwiesen. Wir freuen uns sehr, wie viele Menschen täglich den Weg in unser Büro finden. Die **Sprechstunden** für Bürgerinnen und Bürger werden intensiv genutzt und unsere gut besuchten **Veranstaltungen** tragen gleichzeitig auch zur Belebung der Möllner Innenstadt bei. Oft geben sich Interessierte förmlich die Klinke in die Hand. Besonders gefragt sind im Moment natürlich Informationen zum Thema **Atomkraft** und alternative Energien. Auch „Atomkraft-Nein-Danke“-Buttons und -Aufkleber finden reißenden Absatz. Selbst im Bezug auf nicht originär grüne Themen wird unser Büro inzwischen gern als erste Anlaufstelle gewählt. Dies zeigt uns, wie wichtig eine bürgernahe **Politik der „offenen Tür“** ist, und wir hoffen, auch auf diese Weise einen Beitrag gegen die vielfach beschworene „Politik-Verdrossenheit“ zu leisten.



Von eben dieser ist bei der Möllner Jugend zum Glück auch wenig zu spüren. Im Juli 2010 haben wir beispielsweise erstmals einen Jugendlichen aus dem Wahlkreis zur Veranstaltung „**Jugend und Parlament**“



interessiert an den Abläufen des Parlaments.

Um das Thema **Schulpolitik** ging es auch bei zwei weiteren Schwerpunkten, die uns im letzten Jahr im Wahlkreis beschäftigten: Zum Einen versuchten wir – zusammen mit Ines Strelau und zahlreichen anderen MitstreiterInnen - die Diskussion um ein **Gastschulabkommen** zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem guten Kompromiss zu bringen. Dies ist gerade für viele Familien in meinem Wahlkreis wegen der Nähe zu Hamburg von großer Bedeutung. Hier konnte zumindest eine teilweise Einigung erzielt werden. Wir bleiben am Ball! Außerdem haben wir uns – gemeinsam mit Anke Erdmann, Rasmus Andresen und Marret Bohn – gegen die drohenden **Schließung des Landesförderzentrums Sprache** in Wentorf bei Hamburg engagiert – mit guten Erfolgsaussichten, wie wir hoffen.

nach Berlin geschickt. Er kam so begeistert wieder, dass er die Gründung der „**Jungen Grünen aus Mölln und Umgebung**“ im Februar 2011 vorantrieb. Unterstützt wurde er dabei von meinem Auszubildenden Hans Schneider, der sich auch in seiner Freizeit für die Grünen politisch engagiert. Die zahlreichen Schülerinnen und Schüler der insgesamt **12 Schulklassen** aus dem Wahlkreis, die ich bislang im Rahmen der **politischen Bildungsfahrten** in Berlin begrüßen durfte, waren ebenfalls aufgeschlossen und

immer wieder beschäftigt uns auch das Thema **Verkehr**. Neben zahlreichen Diskussionen zu verschiedenen Umgehungsstraßen und dem erforderlichen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein, standen auch im zurückliegenden Jahr die Diskussionen um die geplante **Fehmarn-Belt-**

Querung an vorderster Stelle. Ich besuchte zahlreiche Diskussionsveranstaltungen hierzu, sowohl in Berlin, als auch im Hamburger Rand und direkt in Ostholstein. Gemeinsam mit Michael Cramer, Mitglied der grünen Europafraktion, informierte ich auf Fehmarn über den fehlenden verkehrspolitischen Nutzen des Projekts, diskutierten im Hamburger Rand mit Katharina Fegebank und anderen über die negativen Auswirkungen der Querung auf andere wichtige Infrastrukturvorhaben in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus veranstalteten wir ein **politisches Frühstück** mit Toni Hofreiter, dem verkehrspolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, bei dem wir mit knapp 50 Interessierten bei Brötchen und Kaffee über Themen wie eine Ortsumgehung für Mölln, eine autofreie Innenstadt, eine Fußgängerzone und ein besseres Angebot im Öffentlichen Nahverkehr nach Hamburg und Lübeck diskutierten.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „**Bürger für Mölln**“, werden wir am Sonntag, den 15. Mai, die Möllner Innenstadt von einer Hauptverkehrsstraße in eine autofreie Picknickmeile verwandeln, um auf die großen Potentiale der historischen Altstadt aufmerksam zu machen, wenn es gelänge, durch weniger Durchgangsverkehr die Aufenthalts- und Lebensqualität der Innenstadt deutlich zu verbessern.

Als netzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion

und grüner Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ möchte ich die Themen **Internet** und **Datenschutz** natürlich auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein diskutieren, zum einem um diesen relativ jungen und für die Grünen sehr wichtigen Politikfeld zusätzlich Resonanzboden zu geben, aber auch um Ideen und Anregungen für die Arbeit in Berlin zu bekommen. Auf meiner Veranstaltungsreihe „**facebook, twitter & co**“, die wir das ganze Jahr hindurch an vielen verschiedenen Orten durchgeführt haben, hatte ich die Gelegenheit, von meiner Arbeit in Berlin zu berichten und mit vielen politisch Interessierten über Themen wie Breitbandversorgung auf dem Land, Netzneutralität, Datenschutz im Internet oder die Veränderungen, die durch soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter im Umgang mit Politik entstehen, zu diskutieren.

Zweifellos: Die Geschwindigkeit des Datenverkehrs und der Kommunikation, die durch das Internet heute möglich ist, beeinflusst in gravierender Weise unsere Gesellschaft und Demokratie, im Positiven wie Negativen. Da gerade dieser Aspekt bei unseren Veranstaltungen auf großes Interesse gestoßen ist, und uns im Nachhinein zahlreiche Nachfragen hierzu erreichten, haben wir uns dazu entschlossen, nun eine weitere Veranstaltung mit dem Titel „**Die Twitter-Demo-**

kratie“ anzubieten. Ich hoffe also, dass auch diese Veranstaltungs-Reihe, die Ihr in meinem Wahlkreisbüro als „Komplettpaket“ samt Muster-Pressemitteilung und passenden Plakaten buchen könnt, wieder jede Menge Stoff für angeregte Diskussionen bietet.

Ganz aktuell steht bei uns aus



Datenschutzsicht natürlich das Thema „**ZENSUS 2011**“, das auch viele von Euch vor Ort beschäftigt, ganz oben auf der Agenda. Hier haben wir eine kleine Broschüre erstellt, die im Büro angefordert oder auf meiner Homepage heruntergeladen werden kann, sowie wichtige Fragen und Zusammenhänge zum Zensus 2011 beantwortet und erklärt.

Veranstaltungsreihe BürgerInnen-Demokratie

„Stuttgart 21“ hat es höchst eindrucksvoll gezeigt: Hinterzimmer-Politik und eine bloße Reduzierung der Bürgerinnen und Bürger auf den reinen Wahlakt alle paar Jahre – das war gestern. Mitsprache und Mitbestimmung sowie ein Dialog auf Augenhöhe, das sind die Schlagworte für die aktuelle Diskussion um eine Erneuerung unserer parlamentarischen Demokratie, die wir als

Besuch anderer Abgeordneter:

28.04.2010, Mölln

Anke Erdmann, MdL

Gemeinsam mit Anke Erdmann habe ich das Marion-Dönhoff Gymnasium besucht und mit dem Direktor Herrn Dr. Brademann über die aktuellen Änderungen im Schleswig-Holsteinischen Schulgesetz gesprochen.

30.04.2010, Schalsee Region

Marlies Fritzen, MdL

In einer mehrstündigen Exkursion habe ich mich zusammen mit Marlies Fritzen, sowie der Kreistagsabgeordneten Annedore Granz und Bettina Best vom WWF-Leiter Thomas Neumann und seiner Mitarbeiterin Sabine Reichle durch die Landschaft führen und das Schutzprojekt Schaalsee erklären lassen.

23.06.2010, Mölln

Britta Haßelmann, MdB
und Monika Heinold, MdL

"Zeit des Sparens und Kürzens – wo liegt der Weg für unsere Finanzen?" Im Rahmen der Mitgliederversammlung berichteten beide von dem aktuellen Stand der Diskussion in Berlin und Schleswig-Holstein und wir diskutierten gemeinsam die enormen finanziellen Schwierigkeiten für die Kommunen.

31.08.2010, Wentorf

Gerhard Schick, MdB

Der Kollege Gerhard Schick gab bei einer gut besuchten Veranstaltung interessante Einblicke in die Themen ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) und Kommunalfinanzen.

01.09.2010, Mölln

Ingrid Nestle, MdB
und Bernd Voss, MdL

Bei der Veranstaltung „Energie aus Mais“ in Mölln sprach meine Kollegin Ingrid Nestle zu Fakten und der Bedeutung von Biogas im Energiemix und nahm Stellung zu den Grenzen des derzeitigen Maisbooms. Der Landtagskollege Bernd Voss vertrat in der interessanten Diskussion die Sicht der Landwirtschaft und des Landschaftsschutzes.

17.09.10 2010, Mölln

Bärbel Höhn, MdB

„Atomkraft, ich bin doch nicht blöd!“ - Unter diesem Motto kam Bärbel Höhn zu uns, um über den aktuellen Stand der Debatte in Berlin zu berichten und auf einer sehr gut besuchten Podiumsdiskussion im Möllner Quellenhof zu diskutieren.

Grüne annehmen und verantwortlich weitertreiben wollen. Um diese zu gewährleisten, müssen politische Entscheidungen transparenter ausgestaltet und Partizipation angeregt werden. So haben wir die Chance, unsere Demokratie zu revitalisieren. Ich begrüße und unterstütze es deshalb sehr, dass sich auch die schleswig-holsteinischen Grünen, wie auch die Bundespartei, entschlossen haben, diese Chance zu ergreifen und bei mehreren Regionalkonferenzen mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen direkten Dialog zu treten. Hieran habe ich mich sehr gerne beteiligt und freu mich über den breiten Ansatz des daraus zunächst für den Landesparteitag entwickelten Antrages hierzu. Unsere Ergebnisse und Ansätze hoffe ich dann auch auf Bundesebene einfließen lassen zu können, wo ich gemeinsam mit Claudia Roth, Sven Giegold und anderen die Arbeitsgruppe der Bundespartei zu dem Thema intensiv unterstütze.

Anfang Februar konnten wir als Wahlkreisbüro zum zweiten Mal gemeinsam mit dem Kreisverband Lauenburg zum **Neujahrsempfang** einladen. Damit ist eine Tradition etabliert (ab dem dritten Mal dann Brauchtum). In diesem Jahr kamen erneut, aus vielen Kreisverbänden grüne Mitglieder, SympathisantInnen, FreundInnen, MitarbeiterInnen der Verwaltung aber auch politische MitbewerberInnen nach Mölln. Bei Kaffee, Frankfurter Äpfelwoi, Möllner Eulenspiegel-Bier und Laugenbrezeln blickten wir gemeinsam zurück auf das erfolgreiche letzte



Jahr und schmiedeten und diskutierten Pläne für das kommende.

Als besonders bedeutende Veranstaltung muss noch die Demonstration in **Krümmel** jetzt im April diesen Jahres erwähnt werden, zu der 17.000 Menschen ans AKW kamen. Die Menschen kamen in Solidarität mit den Opfern und Betroffenen in Japan, um auch wegen der schrecklichen Ereignisse in Japan zum Ausdruck zu bringen: Die Hochrisiko-Technologie Atomkraft ist nicht beherrschbar, das Restrisiko nicht hinnehmbar, weder in Japan noch in Schleswig-Holstein. Das wird besonders am bundesweit als „Pannenmeiler“ bekannt gewordenem AKW Krümmel deutlich: Der Siedewasserreaktor ist gleichen Bautyps wie der in Fukushima, jedoch erheblich größer. Gleichzeitig sind die Sicherheitsvorkehrungen deutlich schlechter als die in Japan. Während die Batterien, die einspringen, wenn die Notstromgeneratoren ausfallen, dort sechs Stunden gehalten haben, reicht die gespeicherte Energie in Krümmel gerade einmal für zwei Stunden - im Falle eines relevanten Stromausfalls begänne der GAU bei uns also nach 120 Minuten.



Am Ostermontag mahnte ich also als einer von rund 17.000 Menschen anlässlich des 25. Gedenktages der Tschernobyl-Katastrophe und demonstrierte gleichzeitig für den sofortigen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Es war damit die größte Anti-AKW-Demonstration, die Geesthacht und das AKW Krümmel je gesehen hat. Die Demonstrierenden kamen mit 25 Bussen aus Lübeck, Ostholstein und Stormarn sowie großen Teilen von Niedersachsen und Hamburg angereist, darunter waren viele von Grünen organisierte und betreute Busse. Dazu kamen 33 Trecker und über tausend RadfahrerInnen aus Hamburg, Lüneburg und Umgebung. Im Anschluss an die Kundgebung kehrte die Demonstration in einem Mahnzug dem Atommeiler und der Atomenergie den Rücken. Der Zug ging zum „Platz des neuen Lebens“, auf dem ein geselliges Zusammensein von jung und alt mit Biobauern aus der Region, vielen KünstlerInnen und Informationsständen für neue Le-

bensfreude und Lust auf Veränderung sorgte und Vision von einer Gesellschaft ohne Atomkraft mit Leben füllte. Einen herzlichen Dank an dieser Stelle noch mal an alle, die sich mit so hohem persönlichen Engagement um diesen großen Erfolg verdient gemacht haben!

Der Antrag der grünen Bundestagsfraktion, die ältesten sieben Meiler und das AKW Krümmel sofortig und endgültig abzuschalten, wurde leider von der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt. Die Ereignisse in Japan lassen aber nur eine Konsequenz zu: Der Ausstieg aus dem Atomausstieg muss sofort rückgängig gemacht werden. Zusätzlich müssen die besonders störanfälligen Meiler sofort und ein für allemal vom Netz. Wir müssen noch schneller aus dieser verheerenden Technologie aussteigen. Gerade für den Pannenmeiler Krümmel muss gelten: **Aus bleibt Aus!**

Ein trauriger „Höhepunkt“ war der auch in diesem Jahr wieder stattfindende Aufmarsch von Rechtsextremen am 26. März 2011 in Lübeck. Erneut versuchten die Nazis, den Jahrestag der Bombardierung Lübecks im Zweiten Weltkrieg für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen und Deutschland geschichtsrevisio-nistisch zum eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges umzu-deuten.

Wie bereits in den letzten Jahren war ich gemeinsam mit unseren Landtagsabgeordneten Rasmus Andresen und Thorsten Fürter sowie meiner Kollegin Ingrid Nestle und vielen weiteren engagierten Bürgerinnen und Bürgern als **Demo-Beobachter** vor Ort um Gewalt und Übergriffe jeglicher Art zu dokumentieren und im besten Fall zu verhindern.



Neues aus Berlin



Netzpolitischer Kongress am 12. und 13. November

Demo „Freiheit statt Angst!“ am 10. September 2011 –

Wir Grünen waren dabei!

Auch letztes Jahr waren wir wieder dabei, als ein breites Bündnis am 11. September 2010 in Berlin für „**Freiheit statt Angst**“, für starke **Bürgerrechte** und mehr **Datenschutz** und gegen eine immer weiter ausufernde staatliche Überwachung auf die Straße gegangen sind. Am Vorabend der Demo haben wir eine netzpolitische Soirée zum Thema „Freiheit und Überwachung in der digitalen Welt“ veranstaltet, zu der wir neben über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Renate Künast, Thilo Weichert und Jeff Jarvis, einen der Internetgurus aus den USA, begrüßen konnten. Auch dieses Jahr werden wir wieder dabei sein und – ohne an dieser Stelle zu viel verraten zu wollen - wieder eine interessante Veranstaltung am Vorabend der Demo auf die Beine stellen.

Netzpolitischer Kongress am 12. und 13. Nov. 2010

Am 12. und 13. November 2010 führten wir im Paul-Löbe-Haus des Bundestages einen grünen **netzpolitischen Kongress** mit dem Titel „**Gesellschaft digital gestalten**“ durch und diskutierten mit ca. 600 TeilnehmerInnen und ReferentInnen über die Chancen und Herausforderungen, vor die uns Internet und Digitalisierung im Bereich der Netzpolitik und des Datenschutzes stellen. Nach etlichen Vorträgen, Podien, zahlreichen Workshops sowie einem Barcamp – einer spontanen, von den TeilnehmerInnen selbstorganisierten Veranstaltungsform, die zum ersten Mal im Deutschen Bundestag stattfand – war einmal mehr klar: Das Netz bietet uns enorme Chancen und Potenziale, die es zu nutzen und auszubauen lohnt. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen vor den Herausforderungen, die uns Internet und Digitalisierung aufgeben. Wir Grünen sind es immer wieder, die mögliche Perspektiven für die digitale Welt aufzeigen und Lösungsansätze entwickeln – ob beim Datenschutz, beim Urheberrecht oder bei der



Netzneutralität. Hieran wollen wir anknüpfen. So planen wir in diesem Herbst erneut ein „Netzpolitisches Labor“ als Fortsetzung unseres Kongresses.

Zu unserem Kongress hatten wir auch zusätzlich auch noch ein eigenes Blog eingerichtet. Unter <http://www.gruenes-blog.de/netzpolitik/> könnt Ihr viele Vorträge noch einmal nachschauen.

Lange Nacht der Verbraucher „Verbraucher-macht im Netz“ am 23. Mai 2011

Am 23. Mai 2011 laden die verbraucherpolitische Sprecherin, Nicole Maisch, und ich gemeinsam im Namen der grünen Bundestagsfraktion nach Berlin zur langen Verbrauchernacht **„Verbraucher-macht im Netz“** ein. Zusammen mit Renate Künast, Malte Spitz und vielen anderen Gästen, u.a. vom Verbraucherzentrale Bundesverband, von compact und facebook wollen wir über „Die Macht der Konsumenten im Netz“, über die Gefahr von „Monopolen im Netz“ und „Verbraucherschutz und Datenschutz in Sozialen Netzwerken“ diskutieren. Wir würden uns sehr freuen, auch Euch in Berlin begrüßen zu können. Weitere Informationen findet Ihr hier: www.gruenes-blog.de/verbrauchermacht/

Fachgespräche:

Seit über einem Jahr werden **gesetzliche Regelungen zum Schutz von Beschäftigtendaten** diskutiert. Bis heute hat die Regierung lediglich einen höchst umstrittenen Entwurf vorgelegt. Bereits

im Juli vergangenen Jahres haben wir deshalb, gemeinsam mit unserer arbeitspolitischen Sprecherin Beate Müller-Gemmeke, einen eigenen Gesetzesvorschlag erarbeitet und – insoweit erstmalig im Berliner Politikgeschäft – im Internet öffentlich zur Diskussion gestellt (siehe dazu auch nachstehend unter Parlamentarische Initiativen). Begleitend haben wir in einem Fachgespräch der Fraktion gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz, mit Experten der Gewerkschaften sowie dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten eines großen Unternehmens unseren Entwurf einem ersten „Härtetest“ unterzogen. Unser Entwurf ist neben dem Entwurf der Bundesregierung mittlerweile in den Bundestag eingebracht. Eine Entscheidung wird für den Herbst erwartet.

Im letzten Dezember wurde eine öffentliche **Debatte zur Problematik des Datenschutzes im Kampf gegen Doping** angestoßen, die zeigte, dass zahlreiche bürgerrechtliche Fragestellungen weiterhin einer grundlegenden Klärung im Zusammenhang mit der Dopingbekämpfung bedürfen. Grüne Sportpolitik begleitet seit Jahren den Prozess der Intensivierung und Institutionalisierung der Dopingbekämpfung und tritt vehement für einen sauberen Sport ein. Gleichzeitig setzen sich Bündnis 90/Die Grünen in besonderem Maße auch für Bürgerrechte und Datenschutz ein. Mit unserem Fachgespräch konnten wir uns frühzeitig über die Entwicklungen der Debatte informieren und mit Experten aus allen betroffenen Bereichen sprechen.

Als grüne Bundestagsfraktion haben wir uns intensiv mit den durch die Veröffentlichungen von **Wikileaks** in den Fokus der Öffentlichkeit gerückten Fragen und Herausforderungen beschäftigt. Mit Sorge haben wir die Entwicklungen nach der jüngsten Veröffentlichung der so genannten US-Depeschen beobachtet. Der von Seiten der USA aufgebaute Druck auf staatliche Stellen, aber auch auf die Privatwirtschaft, ist unseres Erachtens nach mit dem universellen Menschenrecht auf **Presse- und Meinungsfreiheit** nicht zu vereinbaren. Zu dieser Einschätzung kam auch Navanethem Pillay, Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die sich hinsichtlich der Vorgänge um die Internetplattform Wikileaks besorgt zeigt.

te. Unsere Sorge angesichts der Einflussnahme und dem Beschneiden der öffentlichen Meinung haben wir in verschiedenen Pressemitteilungen, Artikel und bei Podiumsdiskussionen zum Ausdruck gebracht. Genauso haben wir uns aber gegen eine Veröffentlichung von Daten ausgesprochen, die datenschutzrechtlichen Schutz genießen, an deren Bereitstellung die Öffentlichkeit eventuell kein Interesse hat oder die gar Leib und Leben Dritter gefährden. So richtig wir es finden, das Vorgehen staatlicher Stellen in den USA im Fall Wikileaks zu kritisieren, so wichtig ist es auch, dort wo es nötig ist, das Vorgehen von Wikileaks und anderer Plattformen kritisch zu hinterfragen. Die Diskussion um diese Plattformen verlangt Ehrlichkeit: Fertige Antworten, wie zukünftig mit vergleichbaren Veröffentlichungen umzugehen ist, hat heute noch niemand. Sicher ist: Neben der konsequenten Durchsetzung bestehender datenschutzrechtlicher Vorgaben im rechtsstaatlichen Rahmen wird man letztendlich nicht umhin kommen, auch an die diejenigen, die derartige Veröffentlichungen vornehmen, zu appellieren, sich an ein gewisse Regeln bei zukünftigen Veröffentlichung zu halten. Darüber hinaus wären staatliche Stellen gut damit beraten, ihren bisherigen Umgang mit Daten kritisch zu hinterfragen. Ziel sollte sein, dem durch die zahlreichen Whistleblower-Plattformen zu Tage getretenen erhöhtem **Transparenzanspruch** der Bürgerinnen und Bürger entgegenzukommen – und das nicht nur, um zukünftigen Veröffentlichungen vorzubeugen. Für staat-

liche Stellen sollte daher gelten, dass zukünftig von Verwaltung und Behörden öffentlich gemacht werden sollte, was öffentlich zu machen ist. Die im Zuge der Wikileaks-Veröffentlichungen angestoßene Debatte über diese für un-

sere moderne Informationsgesellschaft elementaren Fragestellungen wollen wir fortsetzen und uns auch zukünftig mit allen Interessierten darüber auszutauschen, wie wir dem berechtigten Transparenzanspruch der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden können und gleichzeitig zukünftige Veröffentlichungen verhindern, die klaren rechtlichen Vorgaben entgegenstehen

Ausgewählte Parlamentarische Initiativen:

Netzsperrn:

Die Debatte über die Sinnhaftigkeit von Netzsperrn führen wir seit Anfang der Legislatur. Nachdem die schwarz-gelbe Koalition sich in ihrem Koalitionsvertrag gegen das Sperren von Internetseiten aussprach und das entsprechende Gesetz auf verfassungsrechtlich höchst fragwürdigem Weg, am Parlament vorbei, per Ministererlass für ein Jahr aussetzte, führte ein Richtlinienvorschlag der EU dazu, dass die Debatte durch konservative Politiker auch in Deutschland erneut befeuert wurde. Als grünen Bun-



destagsfraktion haben wir uns äußerst intensiv mit der Problematik befasst, verschiedene „Runde Tische“ veranstaltet, mehrere Gesetzesentwürfe und Anträge geschrieben, Anhörungen initiiert und die Bundesregierung durch stetiges Nachhaken zu einer Positionsbestimmung gezwungen. Am Ende konnten wir uns durchsetzen. Mit Hinweis auf die von meinem Büro beschafften Evaluierungsstatistiken und dem Nachweis, dass das konsequente **Löschen von Inhalten** zum Erfolg führt, verabschiedete sich die schwarz-gelbe Koalition endlich von dem ineffektiven und letztlich im Kampf gegen derartige Inhalte im Netz kontraproduktiven Vorhaben. Nun werden wir die Bundesregierung auch noch dazu bringen, ihr Gesetz auf verfassungsrechtlich einwandfreiem Weg zurückzunehmen und sich endlich tatsächlich effektiven Instrumenten zuzuwenden – viel zu viel Zeit ist hierfür schon verstrichen.

ELENA

Der so genannte Elektronische Entgeltnachweis (ELENA) ist Anfang des Jahres gestartet. Schon früh übten wir massive Kritik an der konkreten Ausgestaltung und dem von vornherein vollkommen



aus dem Ruder gelaufenen Verfahren und legten bereits im März - auch mit Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgericht zur **Vorratsdatenspeicherung** - einen entsprechenden Antrag im Bundestag vor, in dem wir die Aussetzung des Verfahrens und die strikte Begrenzung der zu übermittelnden Daten auf das Nötigste forderten. Die Bundesregierung zog es jedoch - trotz anderslautender medialer Verlautbarungen - vor, die massiven verfassungsrechtlichen Bedenken in den Wind zu schießen und hielt auch in der abschließenden Lesung unseres Antrages an dem Verfahren fest. Am Ende des Jahres gab es dann die große Überraschung. Die Bundesregierung vollzog eine 180-Grad-Wendung und verschob den Start des ELENA-Verfahrens auf das Jahr 2014. Dadurch, dass bis dahin weiterhin die Daten der Beschäftigten übermittelt werden, ohne das heute ein Auskunftsanspruch besteht, haben sich die verfassungsrechtlichen Bedenken noch einmal verstärkt. Statt endlich eine verfassungsrechtlich konforme Lösung vorzulegen, streitet sich die Bundesregierung derzeit über die Federführung des mittlerweile unliebsamen

Datensammel-Projekts. Wir haben deshalb gerade einen zweiten Antrag vorgelegt, in dem wir einen Stopp der Datenübermittlung und eine endgültige Löschung der nicht mehr benötigten Daten fordern.

Keine Vorratsdatenspeicherung über den Umweg Europa

Die Bundesregierung hat im März vor dem Bundesverfas-

sungsgericht eine schwere Schlappe einstecken müssen. Die Umsetzung der Europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten wurde mit der deutschen Verfassung für nicht vereinbar erklärt. Seitdem streiten sich die Koalitionäre darüber, ob und wann es einer neuen gesetzlichen Regelung bedarf. Derzeit haben verschiedenen Länder der EU, deren Verfassungsgerichte die Vereinbarkeit der europäischen Vorgaben mit den jeweiligen Landesverfassungen ebenfalls für nicht gegeben ansahen, die Richtlinie nicht umgesetzt, eine Klage am Europäischen Gerichtshof ist anhängig. Die Vereinbarkeit der Richtlinie mit der seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geltenden EU-Grundrechtecharta ist ebenfalls noch ungeklärt. Erst kürzlich hat die zuständige Kommissarin, nachdem die Kommission erhebliche Schwierigkeiten hatte, belastbare Zahlen für den Nutzen der Vorratsdatenspeicherung für die Kriminalitätsbekämpfung von den Mitgliedsstaaten zu bekommen, eine grundsätzliche Überarbeitung der Richtlinie bis zum

Immer auf dem aktuellsten Stand!

Über unsere aktuellen innen- und netzpolitischen Aktivitäten könnt ihr Euch auf den Seiten der Fraktion, auf meiner Homepage www.von-notz.de oder in unserem Blog www.gruen-digital.de informieren.

Ende des Jahres angekündigt. Wir meinen: Anstatt jetzt einen gesetzgeberischen Schnellschuss zu produzieren, wären Europäische Kommission und Bundesregierung gut damit beraten, sich grundlegende Gedanken darüber zu machen, wie eine effektive Strafverfolgung auf der einen Seite mit den bürgerrechtlichen Vorgaben unserer Verfassungen in Einklang zu bringen sind. Dies ist leider bisher nicht der Fall. In unserem Antrag fordern wir dies.

Grüner Gesetzesentwurf - Mehr Schutz für Beschäftigte

2008 war das Jahr der Daten-skandale: LIDL filmte heimlich das eigene Personal und setzte Detekteien auf einzelne MitarbeiterInnen an. Die Deutsche Bahn flog damit auf, die Kontodaten der gesamten Belegschaft heimlich abzugleichen. Ähnliche Praktiken kamen bei der Deutschen Bank und der Telekom ans Licht. Die von der Großen Koalition im Jahr 2009 geschaffene Mini-Regelung zum Arbeitnehmerdatenschutz hat lediglich neue Fragen aufgeworfen, ohne die bestehenden auch nur ansatzweise zu lösen. Nun hat das Innenministerium einen neuen Gesetzesentwurf zum **Beschäftigten-datenschutz** vorgelegt- für ihn hagelte es Kritik von allen Seiten. Aus diesem Grund haben wir einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der Lösungen für die aus unserer Sicht drängendsten Probleme bereithält. Neuland haben wir damit betreten, unseren - sehr ausführlichen - Gesetzentwurf, bevor

dieser in der Fraktion beschlossen wurde, in dem eigens dafür geschaffenen Blog www.beschaeftigten-datenschutz.de auch online zur Diskussion zu stellen. Hier konnten Interessierte sich an der Ausarbeitung unserer Initiative **beteiligen**. Die Resonanz war durchweg positiv, so dass die Fraktion mittlerweile eine eigene Infrastruktur geschaffen hat, mit deren Hilfe ähnliche Initiativen zukünftig online beraten werden können.

Antrag SWIFT

Seit August vergangenen Jahres fließen wieder sensible **Finanztransaktionsdaten** von europäischen Bürgern in die USA, zur Auswertung für Terrorismusbekämpfungszwecke. Wir haben uns mit einem eigenen Antrag gegen die zugrundeliegende Vereinbarung der EU mit den USA gestemmt und die Bundesregierung darin – letztlich erfolglos - aufgefordert, dem Abkommen die Zustimmung zu verweigern. SWIFT steht für eine beispiellose Ignoranz von Schutzvorkehrungen, wie sie nach unserem Grundgesetz und auch der Europäischen Grundrechtecharta eigentlich selbstverständlich sein sollten. Zwischenzeitlich haben Evaluationen leider unsere Bedenken zum Abkommen bestätigt. Die USA nehmen keine ausreichenden Eingrenzungen ihrer Anfragen vor, so dass weiterhin massenhaft Unbescholtene betroffen sind, die zur Aufsicht völlig ungeeignete Polizeibehörde Europol kommt erkennbar nicht ihrer Verpflichtung

Konstantin in Berlin

In diesen Ausschüssen und Arbeitskreisen arbeite ich mit

Sprecherposten

- Innenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Netzpolitik

Ausschüsse

- Mitglied im Innenausschuss
- Stellv. Mitglied im Rechtsausschuss
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Neue Medien

Enquete-Kommission

- Obmann und Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Parlamentariergruppen

- Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe (Estland, Lettland, Litauen)
- Stellv. Vorsitzender der Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten (Algerien, Libyen, Marokko, Mauritien, Tunesien)

Minderheitenpolitische Gremien

- Ordentliches Mitglied im beratenden Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit beim BMI
- Ordentliches Mitglied im beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Volksgruppe beim BMI
- Stellvertretendes Mitglied im beratenden Ausschuss für Fragen der friesischen Volksgruppe beim BMI

Weitere Gremien

- Mitglied in der Kommission des Ältestenrates für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien
- Mitglied des ZFdG – Gremiums (Kriegswaffenkontrolle, Aussenwirtschaft)
- Mitglied des „Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit“, einer parteiübergreifenden Initiative von Abgeordneten zur Verbesserung des Katastrophen- bzw. des Bevölkerungsschutzes

tung zur strengen Prüfung aller Anfragen nach und das besonders geschützte Auskunftsrecht der Bürger läuft bei SWIFT praktisch ins Leere, weil die USA nicht mitspielen. Wir fordern deshalb mittlerweile die sofortige **Aussetzung** von SWIFT und dem damit verbundenen, rechtswidrigen Datenaustausch.

Antrag zur Netzneutralität

Das Thema **Netzneutralität** ist eines der Schlüsselthemen der Netzpolitik. Aus diesem Grund hat sich auch die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ intensiv hiermit beschäftigt.

Netzneutralität, also die Gleichbehandlung von Datenpaketen im Netz, hat den Erfolg des Internets erst möglich gemacht. Netzneutralität ist nichts anderes als **das demokratische Grundprinzip des Netzes**. Obwohl es derzeit zu **keinen strukturellen Mangel an Kapazitäten** im Netz gibt, und die bestehenden Netze bisher mit der steigenden Nachfrage an Kapazitäten Schritt halten konnten, halten die Forderungen nach einer Aufgabe der Neutralität der Netz zugunsten priorisierter Dienste und Anwendungen an. Wir Grünen sind der Meinung, dass *vor* der Frage einer möglichen, weitreichenden Regulierung die grundsätzliche Diskussion stehen

muss, welche Auswirkungen es hätte, wenn man ein bisher geltendes, grundlegendes Prinzip aufgibt. Das bisher geltende Prinzip der Netzneutralität ist unseres Erachtens nach nicht nur von ganz erheblicher Bedeutung für die bisherige Entwicklung des Internets war, sondern spielt auch eine entscheidende Rolle für dessen zukünftige demokratische und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Durch das Infragestellen der Netzneutralität besteht die Gefahr, die innovations- und demokratiefördernde Wirkung des Internets nachhaltig zu bremsen. Angesichts der grund-



legenden Bedeutung des Netzes für unsere Demokratie, aber auch vor dem Hintergrund, dass die Neutralität der Netze von entscheidender Bedeutung für den Erhalt und die Förderung von Vielfalt und Innovationen im Netz ist, haben wir uns dazu entschlossen, einen Antrag hierzu vorzulegen. Wir wollen das grundlegende Prinzip der Netzneutralität im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer, aber auch im Sinne unserer Demokratie bewahren und wehren uns gegen ein Zwei-Klassen-Internet, in dem die Interessen von kleinen

und mittleren Unternehmen, der Kreativwirtschaft und der Verbraucherinnen und Verbraucher zugunsten rein wirtschaftlicher Überlegungen hinten angestellt werden. Denn: Nur ein offenes und neutrales Internet gewährt allen Bürgerinnen und Bürgern eine freie Meinungsäußerung und gleichberechtigte Teilhabe am Netz.

Entschließungsantrag DE-Mail

Das DE-Mail-System mit staatlicher Rahmensetzung ist ein weiteres von der Bundesregierung völlig vermurkstes IT-Projekt. Der Grundgedanke, Behördenpost fit

fürs digitale Zeitalter zu machen, ist sicher begrüßenswert – die Ausgestaltung des Projekts ist es nicht. Um auf der diesjährigen CE-BIT ein Prestigeobjekt präsentieren

zu können, hat die Bundesregierung sämtliche der zahlreichen Bedenken, die auch im Zuge einer von uns im Bundestag initiierten Anhörung noch einmal an sie herangetragen wurden, zu Lasten des Verbraucherschutzes ignoriert. So fehlt der digitalen Behördenpost nach wie vor eine moderne Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, was nichts anderes bedeutet, als das durch das Öffnen der Post auf dem Versandweg die Möglichkeit geschaffen wird, den Email-Verkehr einzusehen. Neben weiteren Un-

zulänglichkeiten ist De-Mail vor allem hierdurch in der jetzigen Ausgestaltung kein Angebot, dem wir Grüne zustimmen können. Bevor wir dem Projekt zustimmen können, muss De-Mail noch **bürgerfreundlicher, sicherer und attraktiver** konzipiert werden. Hierzu haben wir die Bundesregierung in einem grünen Entschließungsantrag aufgefordert.

Antrag Datenschutz in sozialen Netzwerken, lange Verbrauchernacht

Der Datenschutz in sozialen Netzwerken bereitet allergrößte Probleme. Der Chef des größten Netzwerkes der Welt Facebook lässt hin und wieder sogar durchblicken, dass er die Idee des Datenschutzes selbst für überholt hält. Dementsprechend dürftig und in der Umsetzung kompliziert sind die Schutzmöglichkeiten für die Nutzer, nicht nur bei Facebook. Gerade weil die zumeist kostenlosen Angebote davon leben, aus der Auswertung und Nutzung von Kundendaten zu Werbezwecken ein Geschäft zu machen, werden die Datenerhebungen der Nutzer ständig ausgeweitet und im Hintergrund sehr umfangreiche Profile angelegt und genutzt. Wir haben deshalb in einem eigenen Antrag Ergänzungen der bisherigen gesetzlichen Regelungen gefordert, die besondere aus diesem Bereich lösen könnten. Wir fordern u.a. die verpflichtende Berücksichtigung des Datenschutzes bereits bei der Erstellung von Software, die im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken verwendet wird (Privacy by Design). Bei den Daten-

schutzeinstellungen für die Nutzung der Angebote fordern wir verpflichtende Grundeinstellung der Geheimhaltung und Nichtweitergabe, so dass es den Nutzern selbst überlassen bleibt, wie weit sie ihre Daten gegenüber Dritten offenlegen wollen. Wir planen, diesen Antrag noch in diesem Jahr zur Diskussion und Abstimmung zu stellen. Bei der langen Verbrauchernacht im Juni

Abkommen nach seiner Unterzeichnung durch das deutsche Parlament ratifiziert werden muss. In einer Kleinen Anfrage haben wir die Bundesregierung nach ihrer Meinung hierzu befragt. Da es sich um ein so genanntes „gemischtes Abkommen“ handelt, wird neben dem Europäischen Parlament auch der Deutsche Bundestag das Abkommen ratifizieren müssen.



diesen Jahres wird es dann spannend: wir werden zu diesen Frage einen Vertreter von Facebook gemeinsam zur Diskussion mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten begrüßen können.

Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA)

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement ist ein im stillen Kämmerlein zwischen der EU und anderen Vertragspartner ausgehandeltes internationales Abkommen zum Schutz von Urheberrechtsverletzungen. Lange war die Rolle der Bundesregierung, die als Beobachterin an den Verhandlungen teilnahm, unklar. Auch war unklar, ob das

Gleichzeitig ist nach wie vor vollkommen unklar, ob deutsches Recht von dem Abkommen betroffen und welcher Änderungs- bzw. Umsetzungsbedarf hier gegeben ist. Auch streiten sich die Experten nach wie vor über die Vereinbarkeit des Abkommens mit geltendem EU-Recht. Als Grüne Bundestagsfraktion werden wir uns auch weiterhin intensive mit dem Thema ACTA auseinandersetzen und planen hierzu in Kürze eine Veranstaltung.

Flugpassagierdaten zur Straftatenbekämpfung

Informationen über in die USA reisende Fluggäste, vom Geburtsdatum bis zur Speisewahl,

werden in den USA bereits seit einiger Zeit systematisch auf Dauer gespeichert und ausgewertet. Wir Grüne haben Umfang und Inhalt der auch Bundesbürger betreffenden Speicherungen als unverhältnismäßig kritisiert und bezweifeln ihren Nutzen. Jetzt möchte die EU-Kommission ein vergleichbares System für alle Flüge zwischen Europa und Drittstaaten errichten, für allgemeine Strafverfolgungszwecke und rasterfahndungsähnliche Maßnahmen. Wir wenden uns in einem Antrag gegen dieses aus unserer Sicht klar verfassungswidrige Vorhaben, dass wir u.a. als unzulässige Vorratsdatenspeicherung ansehen. Wir fordern deshalb in einem aktuellen Antrag, dass die verfassungsrechtlichen Bedenken zu einer grundsätzlichen Überprüfung des Vorhabens auf seine Zulässigkeit führen.

Antrag Transparenz bei Public Private Partnerships (PPP)

Als Public Private Partnership (PPP) gelten Projektrealisierungen

vor allem öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen mit sogenannten privaten Partnern, sprich der freien Wirtschaft. Häufig werden sie im Bereich des Verkehrswesens angewendet. Das Modell der PPPs findet häufig deswegen Anwendung, weil sich die zuständigen öffentlichen Träger auf diesem Weg eine Finanzierung ohne teuren Bankkredit erhoffen. Diese Rechnung geht aber oft nicht auf: In vielen Fällen zahlen die öffentlichen Träger drauf, weil sie beispielsweise über Gebühr auf Einnahmen verzichten müssen (z. B. bei der LKW-Maut) oder weil die Privaten auf der Grundlage schlechter Verträge minderwertige Leistungen erbringen. Die öffentliche Hand, also der Steuerzahler, bleibt dann auf den Kosten sitzen. Die Vergabeverfahren und der Vertragsschluss der öffentlichen Hand mit Privaten im Rahmen von PPP-Projekten sind völlig intransparent. Ein erster und wichtiger Schritt zur Kontrolle eines verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Geldern

bei PPPs ist die Transparenz. Zusammen mit meinem Kollegen Anton Hofreiter habe ich deshalb einen Antrag gestellt, um so die Transparenz von PPPs auf Bundesebene zu verbessern.

Antrag zur Evaluierung von Sicherheitsgesetzen vor

Die anstehende Evaluierung der nach dem 11. September 2011 verabschiedeten Sicherheitsgesetzen ist derzeit in aller Munde. Sicherheitsgesetze müssen sich besonders strikt an verfassungsrechtliche Vorgaben halten. Besondere Sorgfalt und Zurückhaltung – sowohl seitens der Gesetzgebung, als auch seitens der Gesetzesanwendung – sind von elementarer Bedeutung. Eine regelmäßige, unabhängige Überprüfung der Wirkung sicherheitsrechtlicher Vorschriften, insbesondere neu eingeführter, ist ein wichtiger Bestandteil dieser Sorgfaltspflicht. Von ganz entscheidender Bedeutung sind hier die Überprüfung der gesetzlichen Bestimmtheit sowie der Präzision und Ausgewogenheit der Maßnahmen. Deshalb hat die rot-grüne Koalition nach dem 11. September 2001 neben der Befristung bestimmter grundrechtsempfindlicher Sicherheitsgesetze eine gesetzlich vorgesehene Evaluierungspflicht, d.h. einer unabhängige Überprüfung der Grundrechtsverträglichkeit und der Verhältnismäßigkeit eingeführt. Eine Überprüfung der Grundrechtsverträglichkeit und der Verhältnismäßigkeit findet unter schwarz-gelb bislang nicht statt. Zudem werden Überprüfungen bislang lediglich von der Bundesregierung selbst durch-



Projekte 2011:

Eine kleine Auswahl der Projekte, die wir in diesem Jahr noch angehen wollen

Reform des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)

- Ziel: Wir wollen das BDSG zu einem zeitgemäßen Gesetz des Datenschutzes ausbauen werden, es insgesamt internetfähig ausgestalten und wichtige Grundprobleme wie z.B. den Umgang mit Geodaten oder die Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet lösen. Ein Fachgespräch und die Vorstellung von Eckpunkten einer Reform sind bereits in Planung.

Neugestaltung des Telekommunikationsgesetzes (TKG)

- Die Novelle des TKGs ist die innen- und netzpolitische Großbaustelle, bei der Themen wie Breitbandausbau, Netzneutralität, Vorratsdatenspeicherung und Verbraucherrechte eine wichtige Rolle spielen.

IFG 2.0 und Open Data

- Wir wollen die bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einer wirklichen Informationsfreiheit 2.0 weiterentwickeln und das Verhältnis von BürgerInnen und Staat durch Open-Data-Initiativen reformieren. Ein von uns erstelltes Positionspapier zum Thema wird bereits ab Ende März online unter www.gruenes-blog.de/buergerbeteiligung diskutiert. Ein öffentliches Fachgespräch folgt.

Dienstrechtsreform des Beamtenrechts

- Wir wollen die liegengebliebene Reform des Beamtenrechts mit neuem Leben füllen und planen ein Fachgespräch zur Erarbeitung weiterer Reformvorschläge; bislang sind die Diskussionsstände auf Länderebene erarbeitet worden.

geführt. Die Gesetzgeber selbst, also Bundestag und Bundesrat, sind es jedoch, die die Kontrolle über Inhalt und Methode einer Evaluierung ausüben und eine politische Bewertung der Ergebnisse vornehmen müssen. Daher haben wir einen Antrag vorgelegt und die Bundesregierung aufgefordert, die im Koalitionsvertrag angekündigte allgemeine Evaluierung von Sicherheitsgesetzen und -behörden ernsthaft, umfassend und weitgehend transparent in Angriff zu nehmen. Mit der Evaluierung, so unser Vorschlag, soll ein institutionalisiertes Expertengremium, das unter Beteiligung der Opposition vom Bundestag benannt wird, beauftragt werden. Zudem schlagen wir vor, dass in zukünftigen Entwürfen für Sicherheitsgesetze, insbesondere für diejenigen, die Grundrechte einschränken, jeweils eine Evaluierungsklausel und eine Evaluierungsfrist einzuziehen ist.

Antrag Elektronischen Personalausweis nicht einführen

Der neu eingeführte Personalausweis wurde vom Innenminister de Maizière als großartige Innovation gefeiert. Es stellt sich jedoch die Sinnfrage: Wofür benötigen wir einen neuen Ausweis, wo es doch einen erwiesenermaßen fälschungssicheren herkömmlichen Ausweis gab, der zu den sichersten der Welt gehört? Die Antwort: Kernstück des neuen Ausweises ist die elektronische Identifikationsfunktion (eID). Damit sollen sich NutzerInnen beim Online-Einkauf gegenüber zertifizierten Händlern identifizieren und sich so vor Daten- und Identitätsklau schützen können. Was in der Theorie gut klingt, hat diverse Mängel und birgt erhebliche zusätzliche **Risiken für die Bürgerinnen und Bürger**. Die vom Bund verschenkten Kartenleser haben die geringste Sicherheitseinstufung am Markt und sind selbst ein erhebliches Risiko. Das gibt die Bundesregierung selbst zu. Hinzu kommt: Heute mag der Ausweis, kauft man sich zusätzlich eines der teuren Auslesegeräte, sicher sein. Aber niemand kann heute behaupten, dass ein Ausweisdokument angesichts der rasanten technologischen Entwicklung auch in 10 Jahren noch (so lange ist der Ausweis gültig) sicher ist. Dazu ist der technische Wandel viel zu schnell. In einem Antrag, den wir vor der Einführung des neuen Ausweises gestellt haben, haben wir die Bundesregierung auf die eklatanten Mängel aufmerksam gemacht und uns gegen die Einführung des Ausweises ausgesprochen. Die Bundesregierung hat unsere Bedenken in den Wind geschossen und den neuen Ausweis wider besseren Wissens eingeführt. Die zu erwarteten Pannen folgten.

Sonstige Aktivitäten:

Breitbandausbau

Für eine bessere Breitbandversorgung – Grüne prüfen Universaldienstverpflichtung Die Bundesregierung sagt offiziell, es gebe so gut wie keine „weiße Flecken“, also Orte ohne einen ausreichenden Internetanschluss mehr – als Schleswig-Holsteiner kennen wir die Realität. Die grüne Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Weimar Mitte Januar über die Breitbandversorgung der Zukunft diskutiert. Angesichts der Bedeutung von breitbandigen Internetanschlüssen für unsere moderne Wissensgesellschaft und den bisherigen Ausbauereignissen wird es Zeit, ein Recht auf breitbandigen Internetanschluss gesetzlich festzuschreiben. Wir Grünen haben eine gutachterliche Prüfung der Möglichkeit eines solchen universellen Rechts auf Breitband für jeden Haushalt in Auftrag gegeben. Auf dieser Grundlage erarbeiten wir eine Konzeption für den schnellen Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes. Teil dessen ist ein Internet-Universaldienst, der wie Telefon und Post allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen muss.

Demokratische Umbrüche - Technik für Zensur und Unterdrückung made in Germany – Bundeskanzlerin Merkel muss handeln.

Die Demokratisierungswelle, die die Länder des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas seit einigen Monaten erfasst hat, hat auch die Debatte um die demokratiefördernde Wirkung des Internets neu befeuert. Im Zuge dieser Debatte sind auch diejenigen, deren Unternehmen die Technik liefern, die dazu beiträgt, Kommunikation in sozialen Netzwerken, auf Twitter und in Blogs zu manipulieren oder gar ganz verstummen zu lassen, wieder verstärkt in den Fokus gerückt – und das ist gut so. Auf Grund der heutigen Bedeutung des Internets für demokratiefördernde Prozesse wird zunehmend versucht, diese technische Infrastruktur einzuschränken und zu kontrollieren. So wird auch nicht mehr davor zurückgeschreckt, zentrale Teile der Infrastruktur zu beschädigen oder ganz auszuschalten. Wenn deutsche Technik Twitter verstummen lässt“, der im Handelsblatt erschienen ist, die Bundesregierung aufgefordert, zu prüfen, inwieweit es notwendig ist, die deutschen Exportrichtlinien für derartige Techniken dahingehend zu überprüfen, ob sie noch auf der Höhe der Zeit sind oder – auch anlässlich der Erfahrungen der vergangenen Monate

– einer grundlegenden Überarbeitung bedürfen. Unserer Meinung nach ist es nur schwer nachvollziehbar, warum zum Beispiel abhörsichere Kommunikationstechnik für den militärischen Gebrauch genehmigungspflichtig ist, Filtertechnik zur Massenzensur aber nicht den gleichen Bestimmungen unterliegen.

Urheberrecht:

Urheberrecht: Seit Anfang der Legislatur begleiten wir die Verhandlungen um die Neugestaltung des Urheberrechts („3. Korb“) intensiv. Die Forderung der großen Zeitungsverlage, ein so genanntes „Leistungsschutzrecht“ einzuführen, sehen wir kritisch und setzen uns stattdessen für eine nachhaltige Neuregelung des Urheberrechts ein, die die Interessen aller Beteiligten, vor allem aber der Öffentlichkeit, bestmöglich unter einen Hut bringt. Denn die bestmögliche Nutzung der „Ressource Wissen“ ist in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft von erheblicher Bedeutung. Die derzeitigen Urheberrechtsregelungen wollen wir so ausgestalten, dass den Entwicklungen im Zuge der anhaltenden Digitalisierung angemessen Rechnung getragen wird.

Wie beteilige ich mich an der Arbeit der Enquête-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“?

Die Enquete-Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die Bürgerinnen und Bürger umfassend in die eigene Arbeit einzubeziehen. Bereits in dem vom Parlament beschlossenen Einsetzungsantrag, aber auch später in mehreren Beschlüssen der Enquete wurde dieser Wille deutlich zum Ausdruck gebracht.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es mittlerweile gelungen, das Online-Beteiligungsinstrument Adhocracy für die Arbeit der Enquete und der einzelnen Projektgruppen zu installieren. Die Bedeutung dieses Testversuchs für die zukünftige Arbeit des Parlamentes kann auch angesichts der Tatsache, hierdurch die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an parlamentarischen Prozessen insgesamt erprobt werden sollen, kaum zu hoch eingeschätzt werden. Die rege Beteiligung zeigt, dass das Interesse, sich an den Entscheidungen, die innerhalb des Parlaments getroffen werden, zu beteiligen, sehr groß ist.

Wie funktioniert Adhocracy und wie kann ich mich beteiligen?

Der im Rahmen von Adhocracy nun erarbeitete Beteiligungsprozess orientiert sich vornehmlich an den Prozessschritten der einzelnen Projektgruppen der Enquete-Kommission, so dass während der Beteiligung mehrere Phasen durchlaufen werden. Die Beteiligung wird in mehreren Phasen stattfinden: Phase 1: Besprechung des Arbeitsprogrammes über einen festgelegten Zeitraum, Phase 2: Entwicklung von Texten/Ideen, Phase 3: Abstimmungszeitraum.

Wenn auch Ihr Euch an der Arbeit der Enquete-Kommission beteiligen wollt, findet Ihr zahlreiche Infos unter: <http://www.bundestag.de/internetenquete/>

Grüne führen Debatte über (parteiinterne) Demokratie – Euer Input ist gefragt!

Das grüne Zukunftsforum Demokratie der Bundespartei befasst sich seit [2010](#) intensiv mit der Frage, wie wir Grüne unsere Demokratie stärken können. Einen ersten Entwurf unseres Abschlusstextes haben wir [online](#) diskutiert und am 13. März beim [Grünen Demokratiekongress](#) in Mainz vorgestellt. Nun will sich die Partei in einem nächsten Schritt vor allem mit dem Themenfeld der innerparteilichen Demokratie beschäftigen. Dieses spannende und durchaus kontroverse Thema wollte das Zukunftsforum Demokratie bewusst nicht nur innerhalb des Forums debattieren, sondern die Debatte weiter für alle Parteimitglieder öffnen. Unter www.gruene.de findet Ihr weitere Informationen.



Hier ein Auszug unserer parlamentarischen Aktivitäten aus dem Bereich Innen- und Netzpolitik. Kleine und Große Anfragen, schriftliche und mündliche Fragen an die Bundesregierung sowie AutorInnenpapiere sind nicht mit aufgeführt.

Initiative	Thema	Datum
Reden	Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten	15.04.11
	Gegen das Zwei-Klassen-Internet - Netzneutralität in Europa dauerhaft gewährleisten	25.02.11
	Gesetz zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes	25.02.11
	Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften	24.02.11
	Zugangerschwerungsgesetz aufheben - Verfassungswidrigen Zustand beenden	20.01.11
	Tätigkeitsbericht 2007 u. 2008 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	16.12.10
	Keine Vorratsdatenspeicherungen über den Umweg Europa	16.12.10
	Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften	11.11.10
	Kurzintervention zu den Geschehnissen in Stuttgart im Zuge der Stuttgart 21 Proteste	25.11.10
	Persönliche Erklärung zur Laufzeitverlängerung von Krümmel	28.10.10
	Elektronischer Entgeltnachweis (ELENA)	30.09.10
	Einzelplan 06 (Innen)	16.09.10
	Bekämpfung sexuellen Missbrauchs im Internet	20.05.10

[Alle Reden sind hier auch als Video verfügbar.](#)

Initiative	Thema	Datum
Anträge	Datenschutz und Verbraucherschutz in sozialen Netzwerken stärken – Grundrechte schützen	05.05.10
	Sexuellen Missbrauch effektiv bekämpfen – Netzsperrern in Europa verhindern	05.05.10
	Finanzdaten der Bürgerinnen und Bürger Europas schützen – SWIFT ablehnen	07.07.10
	Elektronischen Personalausweis nicht einführen	07.07.10
	Gegen das Zwei-Klassen-Internet - Netzneutralität in Europa dauerhaft gewährleisten	10.11.10
	Evaluierung von Sicherheitsgesetzen - Kriterien einheitlich regeln, Unabhängigkeit wahren	10.11.10
	Zugang zu verwaisten Werken erleichtern	09.02.11
	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften	23.02.11
	Transparenz in Public Privat Partnerships im Verkehrswesen	23.03.11
	Keine Vorratsspeicherung von Fluggastdaten	13.04.11
	ELENA - Meldepflicht aufheben und Daten der Beschäftigten löschen	13.04.11
Gesetzentwürfe	Gesetz zur Verbesserung des Schutzes personenbezogener Daten der Beschäftigten in der Privatwirtschaft und bei öffentlichen Stellen	22.02.11

Initiative	Thema	Datum
Fraktionsbeschlüsse	Verbraucherdatenschutz in der digitalen Welt	28.09.10
	Für ein Internet der Bürgerinnen und Bürger Grund- und Bürgerrechte im Internetzeitalter	09.09.10
Fachgespräche	Informationsfreiheit 2.0 und Open Data	22.03.11
	„Beschäftigtendatenschutz – Mehr Freiheit am Arbeitsplatz“	06.07.10
	Wikileaks - Zwischen Transparenz und Geheimnisverrat	14.12.10
	Datenschutz im Kampf gegen Doping	14.03.11

Initiative	Thema	Datum
Netzpolitischer Kongress	Mit rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war unser Kongress im Paul-Löbe-Haus, dem „Maschinenraum des Deutschen Bundestags“ ein voller Erfolg. Im Mittelpunkt des Kongresses mit integriertem Barcamp, einer von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst organisierten Veranstaltungsform, standen Diskussionen und Workshops über die Chancen und Herausforderungen grüner Netzpolitik. Zwei Tagen lang diskutierten wir über den freien und gleichberechtigten Zugang zum Netz, über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, über neue Ideen für einen zukunftsfähigen Daten- und Verbraucherschutz, über die Umsetzung umweltschonender umweltschonender IT-Konzepte, über offene Geschäftsmodelle im Netz und eine verbesserte Transparenz und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen durch die Offenlegung staatlicher Daten.	12.11.10 und 13.11.10
Netzpolitische Soirée	Innen- und Netzpolitik ist Bürgerrechtspolitik. Auch dieses Jahr haben wir uns wieder an der großen „Freiheit statt Angst“ -Demonstration beteiligt und am Vorabend der Demo eine Netzpolitische Soirée mit 300 Gästen veranstaltet. In meiner Funktion als netzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion hatte ich die Ehre die Diskussion zwischen Renate Künast, Jeff Jarvis und Dr. Thilo Weichert in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung zu moderieren. Im Mittelpunkt der lebhaften Debatte stand das komplexe Verhältnis von demokratischer Öffentlichkeit und Schutz der Privatsphäre.	10.09.10
Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	Ich habe mich sehr gefreut, dass die Grünen der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt mich zur aktiven Unterstützung Ihres Wahlkampfes eingeladen haben und gratuliere hiermit noch mal ausdrücklich zu den tollen Ergebnissen.	

Mit welchen Themen beschäftigt sich eigentlich der Innenausschuss?

Vom Ausländer- und Asylpolitik bis zum Zivil- und Katastrophenschutz: Der Innenausschuss hat ein breit gefächertes Aufgabenfeld. Unter anderem ist er auch für alle Verfassungsrechtlichen Fragen zuständig. Neben der parlamentarischen Kontrolle des Bundesinnenministeriums und der Nachrichtendienste arbeitet er auch an wichtigen Gesetzesvorhaben. Auf seiner Tagesordnung steht immer wieder auch die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die gesellschaftlichen Umbrüche, die wir durch das Internet und die Digitalisierung derzeit erleben, sind enorm und am ehesten mit der Zeit der Erfindung des Buchdrucks zu vergleichen. Die Antworten der Politik auf die Herausforderungen, vor die uns diese digitale Revolution stellt, waren lange unzureichend. Beispiele hierfür sind die ungelösten Fragen nach einem effektivem Schutz unserer Daten im Netz und eine gerechte Vergütung und Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, die gerade erst ihren Zwischenbericht vorgelegt hat, bietet die Chance, unter Einbeziehung externen Sachverständigen über diese wichtigen Fragen zu diskutieren und Lösungsansätze gemeinsam zu entwickeln. Ich freue mich sehr, als Obmann der grünen Fraktion zusammen mit unserer medienpolitischen Sprecherin Tabea Rössner und unseren beiden Sachverständigen, Jeanette Hofmann und Markus Beckedahl (www.netzpolitik.org) meinen Teil dazu beitragen zu können, trag- und zukunftsfähige Antworten auf diese für unsere Demokratie und moderne Wissens- und Informationsgesellschaft so drängenden Zukunftsfragen formulieren zu können. In Kürze startet dann auch die Projektgruppe Staat und Demokratie, deren Vorsitz ich übernehmen werde.

Unter www.enquetebeteiligung.de könnt ihr Euch schon einmal umschaun und eigene Vorschläge einbringen.

Was macht eigentlich eine Enquete-Kommission?

Mit der Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft stellen sich neue Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Unterausschuss des Kultur- und Medienausschusses des Bundestages beschäftigt sich mit den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten der neuen Medien. Informationsfreiheit, Datenschutz und Computerkriminalität bekommen durch das Internet eine weltweite Dimension. Urheberrechte, Verbraucherschutz, nationale und europäische Medienpolitik sind ebenfalls ressortübergreifende Themen. Daher ist der Unterausschuss Neue Medien ein so genannter Querschnittsausschuss.

Was macht der Unterausschuss Neue Medien?

Steht uns ein terroristischer Anschlag in Deutschland bevor?

Der Bundestag diskutiert die „Sicherheitslage“ vor allem im Innenausschuss, dessen Mitglied ich bin. Wichtig ist: Die Bedrohung ist real und ein Anschlag möglich. Aber: Terrorwarnungen sind stets auch die Bewährungsstunde für die Grundsätze des Rechtsstaates. Bei Hinweisen auf eine Bedrohung der Sicherheit ist es zunächst Aufgabe der zuständigen Behörden, ihren Job zu machen. Hierbei brauchen sie die ruhige und besonnene Unterstützung der Politik.

Wer meint, diese Situation populistisch für gesetzliche Verschärfungen und Grundrechtsabbau nutzen zu können, handelt politisch unredlich. Der Sicherheit hilft dies nicht. Wir Grünen werden uns auch weiterhin für eine Evaluierung der nach dem 11. September 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze einsetzen, die unabhängig durchgeführt werden sollte und wissenschaftlichen Maßstäben genügt.



Diesen Newsletter könnt Ihr auch auf Euer Smartphone laden. Einfach mit einer entsprechenden App fotografieren und der Newsletter erscheint auf Eurem Handy. Selbstverständlich könnt Ihr den Newsletter auch auf meiner Homepage unter www.von-notz.de runterladen. Wer den Newsletter per Post haben will der wendet sich bitte an mein Wahlkreisbüro. Viel Spaß beim lesen.



Kontakt und Impressum:

Dr. Konstantin v. Notz

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 72122

www.von-notz.de

konstantin.notz@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Marktstraße 8

23879 Mölln

Tel: 04542/830 700

www.von-notz.de

konstantin.notz@wk.bundestag.de

V.i.S.d.P : Dr. Konstantin von Notz